

Heiko Kosel

Biographisches
Sorbische EOS und Abitur in Bautzen
1985 bis 1988 Dienst in der NVA (Eisenbahn-
bauregiment)
1988 bis 1995 Studium der Geschichte und
der Rechtswissenschaft an der Humboldt-
Universität Berlin
1994 Magister Artium



1995 1. jur. Staatsexamen
1995 bis 1998 Rechtsreferendariat beim Kam-
mergericht in Berlin, beim Magistrat von Prag
und in der Kanzlei des Präsidenten der Tsche-
chischen Republik
1998 2. jur. Staatsexamen
1998 bis 1999 arbeitssuchend
Ab 1999 freier Autor und Honorarprofessor für
Arbeits-, Sozial- und Strafrecht sowie Rechts-
geschichte
1999 Zulassung als Rechtsanwalt und Anstel-
lung in einer Anwaltskanzlei (Arbeitsverhältnis
ruht)
2000 selbstständiger Rechtsanwalt und Zulas-
sung zur Advokatur in Tschechien
Seit 1985 Mitglied der SED,
seit 1990 der PDS
Seit 2003 Co-Sprecher der Bundesarbeitsge-
meinschaft „Ethnische Minderheiten“ beim
Parteivorstand der Partei DIE LINKE,
seit 2005 Mitglied des Landesvorstands des
sächsischen Landesverbandes der Partei DIE
LINKE, dort Beauftragter für Minderheitenpolitik
sowie grenzüberschreitende und internationale
Zusammenarbeit,
seit 2008 Mitglied des Kreisvorstandes DIE
LINKE Bautzen, dort Beauftragter für Kultur- und
Minderheitenpolitik sowie grenzüberschreitende
und internationale Zusammenarbeit.
1990 bis 1995 Vorsitzender des sorbischen
Studentenvereins „Pawol Nedo“ Berlin.

Seit 2005 Vorsitzender der Bundesschiedskom-
mission der Domowina,
seit 2003 Mitglied des Stiftungsrates der Stif-
tung für das sorbische Volk,
seit 1999 Mitglied im Redaktionsbeirat der sor-
bischen Tageszeitung „Serbske Nowiny“,
seit 2001 Mitglied der Deutsch-Polnischen Ju-
ristenvereinigung,
seit 2010 Präsidiumsmitglied der Europäischen
Bewegung Sachsen e.V.
Mitglied des Sächsischen Landtags seit Oktober
1999; Sprecher für Europa-, Friedens- und Min-
derheitenpolitik der Fraktion DIE LINKE; stell-
vertretender Vorsitzender des Ausschusses für
Geschäftsordnung und Immunitätsangelegen-
heiten; stellvertretender Vorsitzender der G-10
Kommission, Vorsitzender der Gemeinsamen
Kommission linker Parlamentsfraktionen in der
Bundesrepublik Deutschland, der Tschechischen
Republik und der Republik Polen.